

Beschluss (vorläufig) Kapitel 4: Garantieren, was uns alle schützt: Frieden, Sicherheit und Globale Gerechtigkeit fördern

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 11.11.2018
Tagesordnungspunkt: EP-S Europawahlprogramm (Kapitel 4)

- 1 Die internationale Staatenordnung befindet sich im Umbruch. Russlands Präsident
2 verletzt die
3 territoriale Integrität anderer Staaten und verhindert eine demokratische Entwicklung
4 im
5 Inland. Chinas Führung verstärkt immer weiter die staatliche Überwachung und heizt
6 Territorialkonflikte im Südchinesischen Meer an. In den Staaten Nordafrikas und des
7 Nahen
8 Ostens konnte sich die Hoffnung der Menschen auf eine Demokratisierung der Region
9 nicht
10 erfüllen. Iran und Saudi-Arabien führen stattdessen einen Kampf um die Vorherrschaft
11 im
12 Nahen Osten. In Syrien tobt nach wie vor ein brutaler Krieg, in dem sich sogar NATO-
13 Partner
14 feindlich gegenüberstehen.
- 15 Und die USA, wichtige Initiatorin jener Regeln, die seit dem Ende des Zweiten
16 Weltkriegs
17 einen großen Teil der Welt halbwegs zusammengehalten haben, haben sich als
18 berechenbarer
19 Akteur der Weltpolitik verabschiedet. Mit dem Krieg gegen den Irak 2003 hat die US-
20 Regierung
21 einen heftigen Bruch mit dem Völkerrecht gesucht, in Guantanamo die Menschenrechte
22 mit Füßen
23 getreten. Mit ihrem aktuellen Präsidenten steigt die US-Regierung aus dem
24 Klimaabkommen aus,
25 kündigt das Iranabkommen, agiert in Handelsfragen aggressiv und verachtet die
26 internationalen Organisationen, die ihr Land selbst gegründet hat. Die EU sieht sie
27 wirtschaftlich als Gegner. Garantien, auf die sich die Europäische Union sicher verlassen
28 konnte, gelten so nicht mehr.
- 29 Währenddessen geht die globale Vermögensverteilung immer weiter auseinander. Zwar
30 haben sich
31 Armut und Kindersterblichkeit in den letzten Jahrzehnten halbiert, in vielen Ländern
32 kann
33 mittlerweile die Mehrheit der Mädchen und Jungen lesen und schreiben. Dennoch ist
34 das eben
35 nur die Hälfte und weltweit leidet weiter jeder neunte Mensch - 821 Millionen Menschen
36 - an
37 chronischem Hunger und 1,5 Milliarden Menschen sind mangelernährt. Das reichste
38 Prozent der
39 Weltbevölkerung besitzt über 50 % des Gesamtvermögens und damit mehr als die
40 übrigen 99 %
41 der Weltbevölkerung. Die Auswirkungen der Klimakrise vertreiben nicht nur immer

mehr
25 Menschen aus ihrer Heimat, weil sie auf ausgetrockneten oder überschwemmten Böden
nicht mehr
26 leben und keine Landwirtschaft betreiben können, sondern auch weil die Auswirkungen
der
27 Klimakrise vielerorts bestehende Konflikte und schlechte Regierungsführung
verschärfen.

28 In dieser Situation muss sich die EU beweisen. Als außenpolitische Akteurin, als
29 Wertegemeinschaft, in der der Mensch mit seiner Würde, seiner Freiheit und seinen
30 unveräußerlichen Rechten im Mittelpunkt steht – wissend, dass gerade in der
Außenpolitik
31 immer Kompromisse nötig sind und vielfältige Interessen ausbalanciert werden müssen.
Will
32 die EU bei der Reduzierung von Instabilität, der Bekämpfung von massiven
33 Menschenrechtsverletzungen und der Beendigung von Krisen in ihrer unmittelbaren
34 Nachbarschaft und darüber hinaus eine Rolle spielen, müssen ihre Mitgliedsstaaten im
Bereich
35 der Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik viel stärker kooperieren als bisher.

36 Die Europäische Union ist nie darauf angelegt gewesen, aber die Frage, die sich stellt,
ist
37 die nach der Weltpolitikfähigkeit. Wenn wir diese Frage nicht angehen, dann wird die
38 Europäische Union, dann wird die globale Zusammenarbeit bedeutungslos. Dafür die
Pflöcke
39 entlang von Frieden, Menschenrechten und dem Völkerrecht zu setzen, ist für uns als
Grüne
40 die zentrale Aufgabe der nächsten Jahre.

41 Noch immer sind Frauen und Mädchen weltweit nicht gleichberechtigt. Das wollen wir
ändern.
42 Die Gleichberechtigung der Geschlechter nämlich ist nicht nur Menschenrecht, sondern
43 Stabilisator für nachhaltigen Frieden, ist Grundlage gerechter Gesellschaften und Motor
44 wirtschaftlicher Entwicklung. Mit einer explizit feministischen EU-Außenpolitik wollen wir

45 deshalb geschlechtsspezifische Analysen und gleichberechtigte Teilhabe von Frauen
und
46 Minderheitengruppen auf allen Verhandlungs- und Umsetzungsebenen fördern. Wir
rücken
47 systematisch die Auswirkungen außenpolitischer Entscheidungen auf die
Machtverhältnisse
48 zwischen den Geschlechtern ins Zentrum ansonsten überwiegend männlicher
Debattenverläufe und
49 Analysen.

50 **4.1 Menschenrechte verteidigen, demokratische Handlungsräume sichern**

51 Wir treten für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik ein, die sich
für
52 Menschenrechte stark macht und Frieden sichert. Statt Aufrüstung und einer Politik, die
nur
53 auf den nationalen Vorteil bedacht ist, brauchen wir eine EU, die friedens- und
54 sicherheitspolitisch mit einer Stimme spricht.

55 Einen Schwerpunkt setzen wir in der Stärkung der Zivilgesellschaft. Denn die
56 Handlungsmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure werden in
vielen
57 Ländern immer weiter eingeschränkt. Die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen
wird dort
58 von staatlicher Seite systematisch erschwert, diffamiert, behindert und kriminalisiert.
59 Insbesondere die Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit werden in vielen
Staaten
60 beschränkt oder ganz abgeschafft. Dies betrifft nicht nur autoritäre Staaten, sondern
auch
61 Demokratien mitten in Europa, wie zum Beispiel Ungarn, Polen, Rumänien und
Österreich, in
62 denen Grundprinzipien wie Pluralismus, Gewaltenteilung, Unabhängigkeit der Medien
und
63 Rechtsstaatlichkeit in Frage gestellt werden. Das ist fatal, denn so geraten die
Fundamente
64 der rechtsstaatlichen Demokratie unter Druck.

65 Wir sehen mit Sorge die weltweite Entwicklung des „shrinking space“, also der
Einschränkung
66 des öffentlichen Raumes für die Zivilgesellschaft. Die Europäische Union, der Europarat
und
67 die Vereinten Nationen sollten dieser entschieden entgegenreten. Das kann für die EU
nur
68 gelingen, wenn sie ihre Mitgliedstaaten selbst konsequent in die Pflicht nimmt. Wir
wollen

69 Nichtregierungsorganisationen unterstützen, deren Arbeit von staatlicher Seite
systematisch
70 erschwert, diffamiert, behindert und kriminalisiert wird, und den Schutz von
71 Menschenrechtsverteidigern verstärken. Die EU sollte die internationale Vernetzung und
den
72 Austausch von zivilgesellschaftlichen Organisationen fördern und unterstützen. Es ist
auch
73 ein wichtiges Signal an Menschenrechtsverteidiger*innen, dass sie mit ihrem
Engagement nicht
74 alleingelassen werden. Wir Grünen wollen, dass die EU-Leitlinien zum Schutz von
75 Menschenrechtsverteidigern vollständig umgesetzt und öffentlich stärker bekannt
gemacht
76 werden. Dafür ist es auch notwendig das europäische Instrument für Demokratie und
77 Menschenrechte zu stärken und finanziell besser auszustatten. Die EU muss weiterhin
den
78 Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen zur Situation von
Menschenrechtsverteidigern
79 und für Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit finanziell und politisch in- und
außerhalb
80 des VN-Menschenrechtsrates aktiv unterstützen und den Aktionsplan für
Menschenrechte und
81 Demokratie des Europäischen Rates vorantreiben.

82 Aber auch Städte und Regionen innerhalb der EU können einen wichtigen Beitrag zum
Schutz von
83 Menschenrechten und Menschenrechtsverteidiger*innen leisten. Wir wollen Initiativen

wie
84 kommunale Menschenrechtsbeauftragte, Aufnahmeprogramme für politisch Verfolgte
oder
85 Patenschaftsprogramme stärker durch die EU finanziell und institutionell unterstützen.
Die
86 EU-Mitgliedsstaaten sind aufgefordert, alle menschenrechtlichen Konventionen zu
87 ratifizieren.

88 Menschenrechte müssen stärker als bisher maßgeblich für die EU-Handelspolitik sein.
Die Art
89 und Weise, wie wir in Europa leben, hat weltweite Folgen: von der Klimakrise bis zu
90 ausbeuterischen Arbeitsbedingungen, Zerstörung der Lebensgrundlagen,
rücksichtslosem
91 Ressourcenabbau und der Stärkung autoritärer Regime. Damit die EU zur Förderin von
92 nachhaltiger Entwicklung sozialer und ökologischer Standards im Welthandel wird,
bedarf es
93 beherzter Schritte.

94 Transnationale Unternehmen mit Sitz in der EU müssen auch bei uns in Europa dafür
haftbar
95 gemacht werden können, wenn sie innerhalb ihrer Produktions- und Ressourcenketten
an
96 Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind. Lieferketten wollen wir transparenter
machen, so
97 dass klar ist, unter welchen Bedingungen Produkte produziert wurden, die in die EU
98 eingeführt werden. Wir wollen nicht, dass Kriege, Menschenrechtsverletzungen und
Ausbeutung
99 durch Produkte finanziert werden, die in der EU verkauft werden. Wir Grünen wollen
eine
100 konsequente Umsetzung der VN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und
werden uns
101 bei der anstehenden Novellierung der CSR-Richtlinie für mehr Berichtspflichten und
weniger
102 Ausnahmeregelungen stark machen.

103 Die EU als Vorreiterin einer feministischen Außen- und Sicherheitspolitik

104 Die Europäische Union muss das Prinzip einer feministischen Außen- und
Sicherheitspolitik
105 und damit die Gleichberechtigung von Frauen und Minderheitengruppen zu einer
Leitlinie ihrer
106 gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik machen. Sie braucht dazu einen
intersektionalen
107 Ansatz, der die Überschneidung verschiedener Formen der Diskriminierung erkennt und
ernst
108 nimmt. Mit einer feministischen, menschenrechtsbasierten Außen- und
Sicherheitspolitik
109 ergänzen wir den traditionellen Sicherheitsbegriff um die menschliche Sicherheit und
rücken
110 damit die Bedürfnisse von Menschen statt Staaten in den Mittelpunkt. Grünes Ziel ist
es, die
111 Rechte von Frauen weltweit zu fördern und Frauen als Akteurinnen in Gesellschaft,
Wirtschaft

112 und Politik zu stärken, sowie ihnen gleichwertigen Zugang zu sozialen, ökonomischen
und
113 politischen Ressourcen zu garantieren und die reproduktiven und sexuellen Rechte zu
stärken.
114 Dafür wollen wir in der EU die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und politischen
115 Minderheiten auf allen Verhandlungs- und Umsetzungsebenen in den Organisationen
der
116 europäischen Außen- und Sicherheitspolitik steigern. Damit durchbrechen wir die
klassischen
117 Strukturen im außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Bereich, zeigen neue
118 Perspektiven, richten die Bereitstellung von Geldern neu aus und stellen
Machtverhältnisse
119 grundlegend infrage.

120 Der Schutz von Frauen und Minderheiten sowie deren Beteiligung an Friedensprozessen
trägt in
121 erheblichem Maße zur Wahrung von Frieden und Sicherheit bei. Wir wollen den UN-
122 Sicherheitsratsbeschluss 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“ und seine
Folgeresolutionen
123 mit Leben füllen, die Genderperspektive in sämtlichen außenpolitischen Bereichen und
EU-
124 Friedensoperationen verankern – und dieses Gesamtvorhaben langfristig finanziell
125 unterfüttern. Ziel ist die Gleichbehandlung und -beteiligung von Frauen und
Minderheiten in
126 der zivilen Krisenprävention, in Friedensverhandlungen und Friedensmissionen, in der
127 Konfliktbearbeitung und beim Wiederaufbau nach Konflikten sowohl auf polizeilicher
und
128 militärischer Ebene. Dafür soll die Beraterin des Auswärtigen Dienstes der EU für
Gender ein
129 eigenes Budget erhalten und an das Europaparlament berichten. Wir wollen zudem,
dass die EU
130 alle ihr zur Verfügung stehenden außenpolitischen Instrumente nutzt, um der
systematischen
131 Diskriminierung von Frauen und Mädchen weltweit sowie sexualisierter und
132 geschlechterbasierter Gewalt entgegenzuwirken.

133 Neben der Gleichberechtigung der Geschlechter und der Durchsetzung der
Frauenrechte treten
134 wir dabei auch gegen die Diskriminierung und für den Schutz der Menschenrechte von
Lesben,
135 Schwulen, Bisexuellen, trans*, inter* und queeren (LSBTIQ*) Menschen ein. 2007
wurden in
136 Yogyakarta Prinzipien zur Anwendung der Menschenrechte in Bezug auf die sexuelle
137 Orientierung und die geschlechtliche Identität verabschiedet. Diese wollen wir weiter
138 fördern und umsetzen.

139 Wer GRÜN wählt, stimmt für

140 • den aktiven Schutz von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, insbesondere durch
die

- 141 Stärkung von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und
Menschenrechtsverteidiger*innen,
- 142 • für eine verantwortungsvolle Handelspolitik, in der Menschenrechte auch
gegenüber
- 143 transnationalen Unternehmen einklagbar sind,
- 144 • eine feministische Außen- und Sicherheitspolitik.

145 **4.2 Eine gemeinsame europäische Außenpolitik gestalten**

- 146 Die multilaterale Ordnung und ihre Institutionen sind unter Druck. Es kommt jetzt mehr
denn
- 147 je auf die EU als weltpolitikfähige Akteurin an, die global gestaltet. Das kann nur
148 gelingen, wenn die EU als dialogbereite und verlässliche Partnerin und gute Nachbarin
149 agiert. Einen Rückfall in Nationalismus und Populismus zu verhindern und die
multilaterale
- 150 Ordnung zu erhalten und gerechter zu gestalten, ist Aufgabe und Interesse der EU.
- 151 Ein friedliches Zusammenleben mit unseren europäischen Nachbarregionen ist zentrale
Aufgabe
- 152 europäischer Nachbarschaftspolitik. Die Kriege und Konflikte in den östlichen und
südlichen
- 153 Nachbarstaaten stellen die EU vor große Herausforderungen. Es kommt jetzt mehr denn
je auf
- 154 eine einheitliche und klar friedens- und menschenrechtsorientierte EU-Außenpolitik an.
Die
- 155 EU muss ihr politisches und diplomatisches Gewicht in die Waagschale werfen, um
Schritte für
- 156 Frieden und Sicherheit in ihrer Nachbarschaft zu ermöglichen. Und sie muss ihr
Engagement
- 157 für die angrenzenden Regionen deutlich ausweiten, um Stabilität und wirtschaftliche
158 Entwicklung im gesamten Umfeld der Europäischen Union zu fördern.
- 159 Stärkung der multilateralen Ordnung und ihrer Institutionen
- 160 Eine friedliche Welt braucht eine starke internationale Organisation der
Zusammenarbeit.
- 161 Gerade in einer Zeit, in der sich andere Staaten daraus zurückziehen, ist die
Europäische
- 162 Union gefragt, Verantwortung zu übernehmen. Das betrifft sowohl die finanzielle
163 Unterstützung von internationalen Organisationen und Programmen, wie dem
164 Welternährungsprogramm, dem Umweltprogramm oder dem Flüchtlingshilfswerk der
Vereinten
- 165 Nationen, als auch das Umsetzen von internationalen Verträgen, zum Beispiel des
Pariser
- 166 Klimaabkommens.
- 167 In Zeiten, in denen einige Staatschefs wieder das Recht des Stärkeren an die Stelle der
168 Stärke des Rechts setzen wollen, braucht es eine Europäische Union, die das
humanitäre
- 169 Völkerrecht verteidigt. Wir Grünen wollen, dass sich die EU für eine Stärkung und
bessere
- 170 Funktionsfähigkeit des Internationalen Strafgerichtshofes einsetzt. Es ist überfällig, dass

171 die EU neben den Mitgliedstaaten selbst Mitglied der Europäischen
Menschenrechtskonvention
172 wird, damit sich auch EU-Institutionen für ihr Handeln vor dem Europäischen
Gerichtshof für
173 Menschenrechte verantworten müssen.

174 Die schreckliche Situation in Syrien hat erneut verdeutlicht, welche negativen
Auswirkungen
175 die Handlungsunfähigkeit der Vereinten Nationen (VN) durch die Blockadehaltung eines
176 Mitglieds im VN-Sicherheitsrat haben kann. Dadurch wird erschwert, dass die
internationale
177 Gemeinschaft ihrer Schutzverantwortung nachkommen kann. Eine Blockade des
Sicherheitsrats
178 bei zentralen Fragen schwächt das Völkerrecht und die VN insgesamt, da beispielsweise
nicht
179 einmal der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag mit der Verfolgung von
180 Kriegsverbrechen beauftragt werden kann.

181 Die Vereinten Nationen müssen wieder voll handlungsfähig werden. Der Sicherheitsrat
sollte
182 so reformiert werden, dass alle Weltregionen angemessen repräsentiert sind. So sollte
z.B.
183 Indien aufgenommen werden. Damit würde sich das Gleichgewicht zwischen den
Mitgliedsstaaten
184 verbessern. Dazu würde ein Sitz für die Europäische Union einen wichtigen Beitrag
leisten.

185 Die Vetomöglichkeit im Sicherheitsrat wollen wir langfristig abschaffen und kurzfristig
mit
186 einem Begründungszwang belegen, besonders bei der Frage der Responsibility to
Protect. Bis
187 dahin sollte im Falle einer anhaltenden Blockade des Sicherheitsrats die
Generalversammlung
188 der VN das Recht beanspruchen, nach dem Vorbild der „Uniting For Peace“-Resolution
377 von
189 1950 mit qualifizierter Mehrheit den Sicherheitsrat für blockiert zu erklären und an
seiner
190 Stelle friedens erzwingende Maßnahmen, also diplomatische Maßnahmen, Sanktionen
oder
191 militärische Maßnahmen, gemäß Kapitel VII der VN-Charta zu beschließen.

192 Neben den Vereinten Nationen wollen wir auch die Organisation für Sicherheit und
193 Zusammenarbeit in Europa (OSZE) stärken. Dabei geht es darum, die Fähigkeiten der
OSZE im
194 Bereich ziviler Krisenprävention, Frühwarnung und Krisenbewältigung zu stärken –
materiell
195 und finanziell. Das Konzept der menschlichen Dimension von Sicherheit war und bleibt
eine
196 zentrale Errungenschaft der OSZE. Sie bildet den umfassenden Sicherheitsbegriff der
OSZE ab
197 und umfasst beispielsweise Aktivitäten in den Bereichen Medienfreiheit,
Minderheitenrechte,

198 Rechtsstaatlichkeit und Nichtdiskriminierung. Dieses Engagement für die Förderung von
199 Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten, Toleranz und Nichtdiskriminierung
200 wollen wir unterstützen. Wir fordern daher eine Stärkung des Hochkommissars für Nationale
201 Minderheiten, des Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR)
202 und des OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit. Wir weisen jegliche Versuche von OSZE-
203 Mitgliedern, die Geltung dieser menschlichen Dimension in Frage zu stellen oder ihre Instrumente zu
204 diskreditieren, zurück.

205 Konsequenz für EU-Recht beim Brexit

206 Erstmals in der Geschichte der Europäischen Union verlässt ein Land das gemeinsame
207 Haus der EU. Der Brexit verdeutlicht, wie gefährlich es ist, wenn Regierungen mit dem Feuer
208 spielen und Europa für nationale Machtkämpfe missbrauchen. Und er zeigt ein weiteres Mal,
209 wie aus Russland heraus versucht wird, Wahlen in Demokratien zu beeinflussen.

210 Die Europäische Union muss weiter geschlossen zusammenstehen, damit ein Drittland
211 nicht bessergestellt ist als ein Mitgliedsland. Rosinenpickerei darf es nicht geben, der Brexit
212 darf keine Blaupause für andere Staaten werden. Das würde auch diejenigen in
213 Großbritannien unterstützen, die eine weitere Entscheidung der Bürger*innen über das finale
214 Austrittsdokument fordern. Wir setzen uns dafür ein, dass eine Lösung gefunden wird,
215 die den in der EU lebenden Brit*innen und den in Großbritannien lebenden EU-Bürger*innen
216 ermöglicht, ihre jetzigen Rechtsansprüche auch nach dem Brexit geltend zu machen.

217 Bisher verhandelt die EU erfolgreich, besonders weil die anderen 27 Mitgliedstaaten
218 zusammenhalten. Wir unterstützen die Rolle der EU-Kommission als Verhandlungsführerin.

219 Nationale Alleingänge oder gar bilaterale Deals darf es nicht geben. Die Wahrung der
220 vier EU-Grundfreiheiten – Freiheit von Warenverkehr, Dienstleistung, Personen- und
221 Kapitalverkehr – müssen im Mittelpunkt stehen. Einen uneingeschränkten Zugang zum Binnenmarkt
222 kann es ohne Personenfreizügigkeit und Anerkennung des EU-Rechts nicht geben. Einen Austritt mit
223 Sonderstatus kann es nicht geben. Ebenso hat der Frieden auf der irischen Insel absolute
224 Priorität. Insbesondere die britische Regierung muss gewährleisten, dass eine harte
225 Grenze auf der irischen Insel vermieden wird. Ein Abkommen über die zukünftigen Beziehungen
226 kann erst nach dem rechtskräftigen Austritt Großbritanniens finalisiert werden. Die
227 außenpolitische Zusammenarbeit mit Großbritannien wollen wir nach dem Austritt im

Rahmen

- 228 internationaler Organisationen (NATO, OSZE, Europarat) stärken.
- 229 Für eine verantwortungsvolle Erweiterungspolitik
- 230 Die Erweiterungspolitik der EU ist für uns eine Erfolgsgeschichte. Sie steht für Frieden,
231 Demokratie und Stabilität in Europa. Die Europäische Union hat allen Staaten des
Westbalkans
232 – Serbien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Kosovo, Albanien und Mazedonien – das
233 Versprechen gegeben, der EU beitreten zu können, wie dies Slowenien und Kroatien
bereits
234 erfolgreich getan haben. Albanien und Mazedonien standen im Juni 2018 kurz vor der
Eröffnung
235 der EU-Beitrittsverhandlungen, da alle zuvor festgelegten Bedingungen erfüllt wurden.
236 Trotzdem verschob der Rat die Eröffnung jedoch auf Juni 2019. Wir Grüne werden uns
dafür
237 einsetzen, dass der Rat im Juni 2019 sein Versprechen auch in die Realität umsetzen
wird,
238 damit Albanien und Mazedonien einen wichtigen und verdienten Schritt im langjährigen
EU-
239 Beitrittsprozess vorankommen können.“
- 240 Die EU steht in der politischen Verantwortung, das Vertrauen in das
Beitrittsversprechen
241 nicht zu enttäuschen und gleichzeitig den notwendigen Reformprozess in diesen
Ländern
242 mitzugestalten. Wir wollen dieses Versprechen durch eine engagiertere und
tiefgreifende
243 Zusammenarbeit mit möglichst vielen gesellschaftlichen Akteur*innen des Westbalkans
244 glaubwürdig machen. Denn die Beitrittsperspektive ist wichtiger Motor für den
sensiblen
245 Friedens- und Aussöhnungsprozess, für Transformation und Modernisierung in einer
weiterhin
246 fragilen Region. Und sie unterstützt vor allem diejenigen, die sich schon heute für mehr
247 Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und den Schutz der Umwelt
einsetzen. Klar
248 ist aber auch, dass ausschließlich der politische Reformwille vor Ort und die Erfüllung
der
249 Kopenhagener Kriterien über das Tempo des weiteren Beitrittsprozesses und den EU-
Beitritt
250 selbst entscheiden. Bei den dringend notwendigen Reformen darf es keinen Rabatt
geben:
251 Gerade in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Grundwerte und Pressefreiheit,
Bekämpfung von
252 Korruption und organisierter Kriminalität, Aufarbeitung von Kriegsverbrechen und
Beilegung
253 von bilateralen Konflikten müssen noch viele Fortschritte erzielt werden. Diese
254 Herausforderungen bleiben für uns Ansporn für ein starkes Engagement.
- 255 Das bedeutet in jedem einzelnen Fall, dass die Beitrittsvoraussetzungen der
Kopenhagener
256 Kriterien erreicht werden müssen, also die europäischen Werte und Regeln vollständig

erfüllt
257 werden. Wir wollen außerdem, dass die EU die Erweiterungspolitik zum Anlass nimmt
ihre
258 innere Funktionsfähigkeit endlich entschlossen anzugehen.

259 Transatlantische Partnerschaft neu ausrichten

260 Der US-amerikanische Präsident Trump hat die transatlantische Partnerschaft in eine
tiefe
261 Krise gestürzt. Seine Präsidentschaft bringt massive Rückschritte beim Klimaschutz, bei
der
262 Anerkennung des Völkerrechts und der Verrechtlichung der internationalen
Beziehungen.

263 Multilaterale Organisationen geraten so ins Wanken. Die US-Administration versteht die
EU
264 als wirtschaftlichen Gegner und setzt auf eine nationalistische Strategie. Darauf
braucht es
265 eine geschlossene Antwort der EU-Mitgliedstaaten. Die EU darf sich von Präsident
Trump nicht
266 spalten lassen. Nur so kann Europa sich selbst behaupten.

267 Dennoch ist die transatlantische Partnerschaft für uns ein zentraler Bezugspunkt
268 europäischer Außen- und Sicherheitspolitik. Die USA sind mehr als ihr derzeitiger
Präsident.

269 Eine enge Zusammenarbeit mit unseren amerikanischen Partnern und Netzwerken mit
progressiven
270 Kräften im Land, die eine soziale, ökologische, friedliche und menschenrechtsbasierte
271 Politik verfolgen, bleiben wesentlicher Pfeiler unserer Politik. Daher sollte die
272 Europäische Union viel stärker auf eine Zusammenarbeit mit den US-Bundesstaaten
sowie
273 zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, vor allem in den Bereichen Ökologie, Bildung,
Energie,
274 Klimaschutz sowie Digitalisierung, setzen.

275 Das von Baden-Württemberg und Kalifornien angestoßene Klimaschutzbündnis auf der
Ebene der
276 Regionen, die Under2 Coalition, dem sich schon über 200 Regionen angeschlossen
haben, kann
277 hier einen wichtigen Beitrag leisten.

278 Östliche Partnerschaft und Russland: demokratische Kräfte stärken

279 Eine gute Partnerschaft mit den östlichen Nachbarn der EU ist im ureigenen Interesse
Europas
280 und wichtiger Baustein für Stabilität und Frieden in der Region. Die Östliche
Partnerschaft
281 der EU stärkt seit 2009 die Modernisierung, Demokratisierung und Durchsetzung von
282 Menschenrechten in Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldau und der
Ukraine. Daran
283 wollen wir festhalten und sie weiter ausbauen. Die demokratischen Entwicklungen – sei
es in
284 der Ukraine oder Armenien- verdeutlichen uns die Kraft der Zivilgesellschaft in diesen
285 Ländern. Wir halten an einer Visaliberalisierung für alle Länder der Östlichen
Partnerschaft

286 fest. Klar ist für uns aber auch, dass diese Partnerländer noch einen weiten Weg vor
287 sich
288 haben. Europäische Grundwerte dürfen nicht für wirtschaftliche Interessen geopfert
werden.
289 Der Kampf gegen Korruption, demokratische und rechtsstaatliche Reformen und die
Wahrung der
290 Menschenrechte müssen in diesen Ländern noch stärker von der EU eingefordert und
unterstützt
291 werden. Die wichtige Anbindung der östlichen Nachbarn an die EU ist gleichzeitig eine
292 Herausforderung für das Verhältnis zu Russland. Russland versucht, die engere
Zusammenarbeit
293 der östlichen Staaten mit der EU zu verhindern. Dennoch unterstützen wir weiterhin die
Schritte insbesondere der EU-assozierten Länder der Östlichen Partnerschaft - also der
294 Ukraine, der Republik Moldau und Georgiens - in Richtung europäische Integration und
wollen
295 ihnen den Weg zu einem EU-Beitritt offen halten.

296 Unter Präsident Putin hat Russland mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim,
dem
297 militärischen Vorgehen in der Ostukraine und mit dem militärischen Eingreifen in Syrien
auf
298 der Seite Assads zu einer erheblichen Verschärfung der internationalen Spannungen
299 beigetragen. Putin führt Russland nicht nur innenpolitisch immer weiter weg von
Demokratie,
300 Freiheit, der Achtung der Menschenrechte und einer dringend nötigen sozialen und
301 ökonomischen Modernisierung des Landes und seiner Strukturen, sondern handelt
302 internationalen Verpflichtungen und Standards zuwider. Gerade bei unseren
osteuropäischen
303 Nachbarn hat das tiefe historische Erinnerungen hervorgerufen. Die Verletzung der
304 territorialen Integrität anderer Staaten ist inakzeptabel. Die EU muss hier klar sein und
305 ihre politischen und diplomatischen Anstrengungen für eine friedliche Lösung der
Konflikte
306 in Osteuropa und im Südkaukasus verstärken.

307 Für uns ist klar: Es darf keine Abstriche in unserem Eintreten für Demokratie und
308 Menschenrechte und die Einhaltung des Völkerrechts geben. Die uneingeschränkten
Gültigkeit
309 der Schlussakte von Helsinki, die Charta von Paris sowie die Prinzipien der OSZE leiten
310 unsere Politik gegenüber Russland. Eine Lösung des Konfliktes in der Ukraine kann nur
eine
311 politische und diplomatische sein. Daher halten wir am Minsker Abkommen fest.
Solange
312 Russland gegen dieses verstößt, muss die EU die gezielten Sanktionen
aufrechterhalten. Wir
313 wenden uns gegen jede Verletzung der Grund- und Menschenrechte von Aktivist*innen,
Journalist*innen, Oppositionellen und Minderheiten in Russland. Wir unterstützen das
314 zivilgesellschaftliche Engagement in Russland. Gemeinsam mit unseren russischen
315 Partnern
fordern und fördern wir die stärkere Kooperation mit demokratischen
316 Nichtregierungsorganisationen und zivilgesellschaftlichen Initiativen. Denn diejenigen,
317

die
318 unter den Repressionen leiden, brauchen unsere volle Solidarität. Mit Sorge sehen wir
319 Versuche von russischer Seite, die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten zu
schwächen.
320 Die russische Regierung hat kein Interesse an einem geschlossenen und
demokratischen Europa.
321 Das wurde durch die Hacks, die Wahlbeeinflussung über soziale Netzwerke und die
erhebliche
322 finanzielle Unterstützung anti-demokratischer Kräfte in vielen europäischen Staaten
323 deutlich. Darauf muss sich die Europäische Union noch besser einstellen. Die Antwort
muss in
324 einer Stärkung der EU und in einer Unterstützung demokratischer Kräfte in Russland
liegen.
325 Dabei sollte die Absicherung von sicherheits- und versorgungsrelevanten digitalen
Systemen
326 im Vordergrund stehen. Hier gibt es noch hohen Abstimmungs- und Handlungsbedarf
innerhalb
327 der EU. Sich in starker europäischer Solidarität entschieden gegen russische Menschen-
und
328 Völkerrechtsverletzungen zu stellen, bedeutet allerdings keinen Verzicht auf
Selbstkritik.
329 Wachsender Rechts-Autokratismus ist nicht allein ein russisches, sondern auch ein
330 europäisches Gesellschaftsphänomen: Hier steht nicht Russland gegen Europa, sondern

331 beiderseits Rechtsautokratismus gegen Demokratie und Menschenrecht. Wo immer es
möglich ist,
332 suchen wir die Kooperation mit Russland, deshalb bleiben wir auch im Gespräch.
Sicherheit,
333 Frieden und Abrüstung lassen sich nicht erreichen, wenn man sich anschweigt.
334 Europäisches Engagement für Stabilität und Frieden im Nahen Osten

335 Der grausame Krieg in Syrien, der seit über sieben Jahren tobt, Hunderttausenden das
Leben
336 gekostet und Millionen von Menschen in die Flucht getrieben hat, findet vor Europas
Haustür
337 statt. Die EU sollte alle bestehenden Friedensinitiativen, sowie alle Bestrebungen zur
338 nationalen Aussöhnung und zur Aufarbeitung begangener Kriegsverbrechen
unterstützen. Eine
339 europäische Hilfe für den Wiederaufbau kann es nur geben, wenn diese nicht nur den
Assad-
340 Getreuen nützt, sondern allen Syrerinnen und Syrern. Die EU muss diplomatische
Initiativen
341 ergreifen, damit die katastrophale humanitäre Situation verbessert wird. Die Menschen
342 benötigen dringend Lebensmittel und sauberes Trinkwasser, insbesondere aber
medizinische
343 Versorgung mit Geräten, Instrumenten und Medikamenten - all das ist nahezu
vollständig durch
344 Bomben und Granaten zerstört und vernichtet worden. Solange der Krieg ungehindert
345 fortgesetzt wird, müssen Sanktionen und Einreiseverbote gegen hochrangige syrische
und
346 russische Militärangehörige bestehen bleiben und ihre Konten in der EU eingefroren

werden.
347 Zudem müssen Waffenlieferungen, die den Krieg in Syrien befeuern, gestoppt werden.
Gerade
348 wenn Ergebnisse im Sicherheitsrat nur schwer zu erzielen sind und immer wieder durch
den
349 Missbrauchs des Vetorechts durch Russland oder andere Staaten blockiert werden,
bedarf es
350 politischer Initiativen, um im Rahmen der Generalversammlung etwa eine unabhängige
351 Untersuchung von Verstößen gegen das Völkerrecht durchzusetzen.
352 Die einseitige Aufkündigung des Atom-Abkommens mit dem Iran durch US-Präsident
Trump könnte
353 die ohnehin instabile Region in einen weiteren blutigen Konflikt stürzen. Es droht ein
354 nukleares Wettrüsten in der Region, das ganz konkret auch die Sicherheit in der
Europäischen
355 Union bedroht. Wir treten für eine Atomwaffenfreie Welt ein, dafür ist auch eine
nukleare
356 Abrüstung im Nahen Osten wichtig. Dazu kommt der Schaden für das transatlantische
Verhältnis
357 und die multilaterale Ordnung insgesamt. Die EU muss jetzt alles daransetzen, das Iran-
358 Abkommen am Leben zu halten und die atomare Aufrüstung des Irans zu verhindern.
Dies darf
359 jedoch nicht zu einem selbst auferlegten Schweigen gegenüber der dramatischen
360 Menschenrechtssituation, der Drohungen gegen Israel und der aggressiven
Regionalpolitik des
361 Irans führen. Zusätzlich muss sich die EU gegenüber allen Regionalmächten um die
362 Durchsetzung einer Friedensordnung bemühen.
363 Das deutsch-israelische Verhältnis ist durch die Verfolgung und Ermordung der
europäischen
364 Jüdinnen und Juden durch das nationalsozialistische Deutschland geprägt. Das
Existenzrecht
365 und die Sicherheit Israels mit gleichen Rechten für all seine Bürgerinnen und Bürger
sind
366 daher unverhandelbar. Wir Grünen setzen uns weiterhin für eine Zwei-Staaten-Regelung
ein, um
367 die Sicherheit des Staates Israel als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes und zum
368 Wohle aller seiner Bewohnerinnen und Bewohner sowie die Schaffung eines
souveränen,
369 lebensfähigen und demokratischen Staates Palästina auf der Grundlage der Grenzen
von 1967 zu
370 gewährleisten. Es kann nur eine gewaltfreie Lösung geben. Wir wenden uns mit aller
371 Entschiedenheit gegen den Terror der Hamas. Die zunehmende Diskriminierung von
Minderheiten
372 in Israel lehnen wir genauso ab wie den illegalen Siedlungsbau. Während wir der
373 palästinensischen Zivilgesellschaft nicht absprechen, selbst über gewaltfreie Strategien
zur
374 Beendigung der Besatzung zu entscheiden, lehnen wir einen Boykott Israels als
Instrument
375 deutscher und europäischer Außenpolitik ab. Wir wollen weiterhin mit allen Kräften in

Israel

376 und Palästina zusammenarbeiten, die sich gegen eine Fortdauer der Besatzung, gegen
eine

377 Spaltung der israelischen Gesellschaft und für eine Zwei-Staaten-Lösung einsetzen.

378 Seit drei Jahren tobt auch im Jemen ein brutaler Krieg, in dem die Huthi-Rebellen mit
379 Unterstützung des Iran gegen die jemenitische Regierung und die von Saudi-Arabien
angeführte

380 Militärallianz kämpfen. In dem unerbittlichen Krieg sind bereits mehr als 10.000
Menschen

381 ums Leben gekommen, 80 % der Bevölkerung sind auf humanitäre Hilfe angewiesen,
darunter

382 viele Kinder. Die EU muss ihrer humanitären Verantwortung gerecht werden und alles
dafür

383 tun, um einen sofortigen Waffenstillstand der beteiligten Militärmächte und der
Rebellen zu

384 erreichen. Politisch muss auf die Kriegsparteien eingewirkt werden, um die
Kampfhandlungen

385 umgehend zu stoppen, die durch Saudi-Arabien errichtete Seeblockade aufzulösen und
386 Hilfsgüter ins Land zu lassen. Jegliche Lieferung von Waffen und Rüstungsgütern an
Saudi-

387 Arabien und die anderen kriegsführenden Mitglieder der saudisch geführten Allianz
müssen ein

388 Ende haben. Es darf nicht sein, dass die Europäische Union indirekt diesen Krieg auch
noch

389 anheizt.

390 Demokratische Kräfte in der Türkei stärken

391 Die Türkei ist nicht Erdogan, Erdogan ist nicht die Türkei. Alle Abstimmungen der
392 vergangenen Jahre haben gezeigt: Rund die Hälfte der türkischen Wählerinnen und
Wähler

393 wünscht sich eine demokratische und rechtsstaatliche Zukunft. Diese Kräfte – die trotz
394 schwerster Repressalien und systematischer Verfolgung durch eine autoritäre und
395 autokratische Regierung in der Türkei für Weltoffenheit eintreten – müssen wir
unterstützen.

396 Wir wollen deshalb alles politische Handeln auf europäischer Ebene und in den
397 Mitgliedstaaten konsequent auf die Unterstützung der demokratischen Kräfte in der
Türkei

398 ausrichten. Wir verurteilen die von Präsident Erdogan eingeschlagene Politik hin zu
einem

399 autoritären Präsidialsystem und die massiven Angriffe auf Oppositionelle, die
400 Zivilgesellschaft, die Meinungs- und Pressefreiheit, die völkerrechtswidrigen Angriffe
des

401 türkischen Militärs auf Syrien und den Nordirak sowie die Abkehr von einem friedlichen
und

402 politischen Lösungsprozess in der Kurdenfrage. Es braucht nun eine grundlegende
403 Neuvermessung der europäisch-türkischen Beziehungen. Mehr denn je muss die EU
klare Haltung

404 für Demokratie und Menschenrechte zeigen. Für die europäische Ebene bedeutet das
unter

405 anderem: Über eine Ausweitung der Zollunion kann erst verhandelt werden, wenn die
Türkei

406 eine Kehrtwende zurück zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vollzieht. Alle
Rüstungsexporte
407 europäischer Mitgliedstaaten gehören beendet, ebenso wie die Beteiligung
europäischer
408 Unternehmen an Rüstungskonsortien in der Türkei.

409 Die Türkei hat über 3 Millionen Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen. Deren Versorgung
nach
410 humanitären Standards muss die EU finanziell unterstützen. Auch sollten die EU-
Staaten
411 dringend Kontingente zur Entlastung der dortigen Strukturen anbieten.

412 Das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei ist eine Folge der Weigerung der EU-
Mitgliedstaaten,
413 zu einer gemeinsamen solidarischen Lösung in der Flüchtlingskrise zu kommen. Es hat
zu
414 katastrophalen Lagern auf Lesbos und anderen griechischen Inseln geführt und
untergräbt
415 durch Abschiebungen ohne Asylrechtsprüfung das Recht auf Asyl. Damit hat die Türkei
einen
416 nicht unerheblichen Anteil an einer EU- Abschottungspolitik. Diesen EU-Türkei-Deal
wollen
417 wir beenden.

418 Praktisch liegen die Beitrittsgespräche mit der Türkei bereits auf Eis. Die
Wiederaufnahme
419 der Verhandlungen muss an strenge, messbare Bedingungen geknüpft sein.
Insbesondere mit
420 Blick auf die Verfassungsreform und die jüngsten Wahlen in der Türkei ist eines deutlich:

421 Ein EU-Beitritt der Türkei ist mit der derzeit unter Präsident Erdogan verfolgten Linie zur
422 Aushöhlung des Rechtsstaats, von demokratischen Rechten und von gesellschaftlichen
423 Freiheiten nicht vorstellbar. Zugleich gilt: Für eine demokratische und weltoffene Türkei
424 müssen die Türen zur EU offen bleiben. Ein formaler Abbruch der Beitrittsgespräche
wäre
425 falsch. Die vielen proeuropäischen Kräfte in der Türkei brauchen dieses Signal und
weiterhin
426 unsere Unterstützung. Umso bedeutender ist es deshalb, die noch bestehenden EU-
427 Beitrittshilfen ausschließlich an prodemokratische Organisationen auszuzahlen und die
428 Verwendung der Gelder deutlich strenger zu kontrollieren als bislang.

429 Partnerschaft auf Augenhöhe mit Afrika

430 Afrika und Europa sind einander eng verbunden, durch die koloniale Vergangenheit hat
Europa
431 eine besondere, historische Verantwortung. Statt aber eine Partnerschaft auf
Augenhöhe
432 anzustreben, steht derzeit für die EU vor allem Migrationskontrolle und polizeiliche bzw.

433 militärische Zusammenarbeit im Vordergrund. Die gegenwärtige europäische Agrar-,
Fischerei-,
434 Handels- und Ressourcenpolitik verhindert nachhaltige, wirtschaftliche Entwicklung in

435 Afrika. Diese Politik bekämpft keine Probleme, sondern verschärft die Situation
derjenigen,
436 die am meisten unter Armut und globaler Ungerechtigkeit zu leiden haben. Wir wollen
eine
437 Wende in den Beziehungen zu unserem Nachbarkontinent und unsere afrikanischen
Partner dabei
438 unterstützen, lebenswerte Perspektiven für die Menschen vor Ort, besonders für die
Jugend,
439 zu schaffen und damit auch langfristig Fluchtgründe zu bekämpfen. Dies wollen wir vor
allem
440 durch eine Stärkung afrikanischer Organisationen wie der Afrikanischen Union oder der
441 Afrikanischen Entwicklungsbank erreichen. Da die Voraussetzung für gesellschaftlichen,
442 wirtschaftlichen und politischen Fortschritt oftmals die Teilhabe von Frauen ist, wollen
wir
443 gemeinsam mit unseren Partner*innen unser Engagement für
Geschlechtergerechtigkeit
444 verstärken.

445 Fokus unserer vertieften Zusammenarbeit ist eine nachhaltige wirtschaftliche
Entwicklung
446 durch sozial-ökologische Investitionen. Dabei wollen wir besonders mit kleinen und
mittleren
447 Unternehmen zusammenarbeiten. Diese neue Partnerschaft Afrika-EU, die das
Abkommen von
448 Cotonou ablösen wird, muss auf einem offenen und transparenten Ausgleich
gegenseitiger
449 Interessen und Forderungen sowie auf Menschenrechten basieren. Um eine nachhaltige
450 Entwicklung im globalen Süden einzuleiten, braucht es eine kohärente Politik in der EU,
die
451 sich an der Agenda 2030 der Vereinten Nationen, am Klimaabkommen von Paris, an der
452 Aktionsagenda von Addis Abeba und an der Agenda 2063 der Afrikanischen Union
orientiert.

453 Europäische China-Politik: Kooperation auf Basis klarer Werte

454 Europas Verhältnis zu China ist über die letzten Jahre wichtiger, aber auch schwieriger
455 geworden. Deutschlands Beziehungen zur Volksrepublik sind besonders eng. Daraus
erwächst
456 eine hohe Verantwortung dafür, dazu beizutragen, dass die EU gegenüber China
vermehrt mit
457 einer Stimme spricht. Das gilt für die Abwehr chinesischer Dumpingexporte, für den
458 verantwortlichen Umgang mit Investitionen, die Belange der Sicherheit oder der
öffentlichen
459 Ordnung beeinträchtigen könnten, oder für faire Chancen europäischer Unternehmen in
China.
460 Es gilt nicht weniger für die gemeinsame Vertretung unserer gemeinsamen Werte,
vornean der
461 Menschenrechte. Und es gilt auch gegenüber Chinas Außenpolitik, die zunehmend eine
der
462 harten Hand ist und zunehmende Drohungen gegenüber der Selbstverwaltung Taiwans

einschließt.

463 Wir unterstützen Europas „Ein-China-Politik“ und teilen die Auffassung, dass Chinas
464 Vereinigung nicht gegen den Willen der Bevölkerung Taiwans erzwungen werden darf.
465 Chinas heutige Führung, die im Inneren zum Totalitarismus zurückkehrt, befindet sich
mit
466 ihren Konzepten der „neuen Seidenstraße“, des „Made in China 2025“ und der
„globalen
467 Schicksalsgemeinschaft“ auf dem Weg zur globalen Supermacht, die Multilateralismus
nur
468 mitmacht, wo er ihr nutzt und kritische Äußerungen von innen und außen rigoros
sanktioniert.
469 Die Europäische Union muss der chinesischen Herausforderung mit der Bereitschaft zur
470 Kooperation - der Erhöhung der China-Kompetenz in der EU, etwa durch Ausbau der
öffentlichen
471 Forschungsförderung, und dem Ausbau von kulturellem und Jugendaustausch - aber
auch mit
472 Klarheit in der Vertretung der eigenen Werte und Interessen und mit Selbstbewusstsein
473 begegnen. Dabei muss auch darauf hingewirkt werden, dass die enormen Investitionen,
die
474 China in anderen Ländern plant, auf eine nachhaltige Entwicklung einzahlen, um die
globalen
475 und lokalen Umweltgüter, den sozialen Frieden sowie die internationale Sicherheit zu
476 bewahren.

477 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 478 • eine Initiative für die Reform und Stärkung der Vereinten Nationen,
- 479 • die materielle und finanzielle Stärkung der OSZE,
- 480 • die Stärkung des humanitären Völkerrechts und des internationalen Strafrechts zur
481 Verfolgung schwerster Menschenrechtsverbrechen,
- 482 • eine vertiefte und wirtschaftlich nachhaltige Partnerschaft zwischen EU und Afrika
auf
483 Augenhöhe.

484 **4.3 Krisen vermeiden, Frieden und Sicherheit garantieren**

485 Als Friedensmacht ist es oberste Pflicht von uns Europäerinnen und Europäern, aktiv an
einer
486 globalen, multilateralen Friedensordnung im Rahmen der Vereinten Nationen
mitzuarbeiten. Im
487 Mittelpunkt muss eine Politik stehen, die verhindert, dass Krisen und Konflikte
überhaupt
488 entstehen. Von einer kohärenten, vollständig koordinierten Krisenprävention der EU
sind wir
489 noch weit entfernt. Wenn die EU ihre Rolle als zivile Macht ernst nimmt, darf sie nicht
nur
490 auf die Verteidigung schauen. Zivile und präventive Maßnahmen sind frühzeitig zu

ergreifen

491 und nicht erst, wenn Konflikte schon entflammt sind. Das gilt besonders auch für Post-
492 Konflikt-Situationen, auch in Regionen, die nicht im Zentrum der öffentlichen
Aufmerksamkeit

493 stehen. Das Wiederaufflammen von Kriegen und gewaltsamen Konflikten lässt sich am
besten

494 verhindern, wenn frühzeitig in Kooperation mit lokalen Akteur*innen Strukturen vor Ort
495 unterstützt und gegebenenfalls aufgebaut werden, die Sicherheit herstellen und die
496 Versorgung aller Menschen in einer Region ermöglichen.

497 Damit sich Friedenspolitik auf europäischer Ebene nicht nur am kleinsten gemeinsamen
Nenner

498 orientiert, setzen wir uns für das Prinzip von Mehrheitsentscheidungen in der Außen-
und

499 Sicherheitspolitik im Europäischen Rat ein. Eine zivile Säule des außenpolitischen
Handelns,

500 die Diplomatie, ist der nachhaltigere, stärkere Pfeiler einer menschenrechtsorientierten
501 Friedens- und Außenpolitik. Dementsprechend wollen wir den Europäischen
Auswärtigen Dienst

502 ausbauen und auch die Aus- und Weiterbildung der Diplomaten*innen stärken. Wir
plädieren

503 dafür, die konsularischen Dienste der Mitgliedsländer gemeinsam in europäischen
Botschaften

504 zu bündeln und dadurch Personalkapazitäten für die eigentlichen diplomatischen
Aufgaben

505 freizusetzen.

506 Gerade in Zeiten zahlreicher Krisen und Konflikte wollen wir zugleich die auswärtige
507 Bildungs- und Kulturpolitik nutzen und stärken – als dritte Säule der Außenpolitik und
508 wirkungsmächtiges Instrument europäischen Handelns, das den Kontakt mit der
globalen

509 Zivilgesellschaft sichert und Gesprächskanäle öffnet, wo sonst Schweigen und Blockade

510 herrschen.

511 Wir unterstützen den Europäischen Auswärtigen Dienst in seinen Bestrebungen, auch
für den

512 zivilen Bereich feste Ausbauziele und gemeinsame Schwerpunkte festzulegen. Ähnlich
wie die

513 Battlegroups im militärischen Bereich brauchen wir auch ein ziviles Einsatzteam, damit
im

514 Krisenfall schnell zivile staatliche und nicht staatliche Experten wie Polizisten, Juristen,
515 Mediatoren oder Verfassungsexperten entsandt werden können. Zivile Krisenprävention
und

516 Konfliktbearbeitung gehören ins Zentrum der europäischen Friedens- und Außenpolitik.
Wir

517 wollen die Mittel und das Personal, z.B. für die EU- Polizei- und Rechtsstaatsmissionen,
518 deutlich erhöhen.

519 Die Kapazitäten für Frühwarnung und Mediation wollen wir ausbauen und
zivilgesellschaftliche

520 Organisationen und NGOs stärker einbinden. Das Europäische Friedensinstitut wollen

wir
521 stärken, gerade auch mit deutscher Beteiligung.
522 Wir stellen uns gegen den fatalen Paradigmenwechsel, zivile Gelder aus dem EU-
Haushalt für
523 militärische Zwecke oder zur Abwehr von Geflüchteten umzuwidmen. Die Trennschärfe
zwischen
524 entwicklungspolitischen und militärischen Maßnahmen muss bewahrt werden. Wir
lehnen sowohl
525 die Öffnung des Instruments für Stabilität und Frieden für militärische Zwecke ab als
auch
526 den Plan der EU-Kommission, dieses Instrument ab 2021 gemeinsam mit den elf
anderen
527 außenpolitischen Finanzinstrumenten zum "Instrument für Nachbarschaft, Entwicklung
und
528 internationale Kooperation" zu verschmelzen. Dieser neue große Topf birgt die Gefahr,
dass
529 die Bekämpfung von Fluchtursachen militärisch gedacht wird. Stattdessen fordern wir
eine
530 Verdoppelung der Mittel im Bereich der zivilen Krisenprävention.
531 Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisengebiete stoppen
532 Europa exportiert Waffen und Rüstungsgüter in Kriegs- und Krisengebiete sowie in
Diktaturen.
533 Das wollen wir stoppen. Wirtschaftsinteressen dürfen nicht Frieden gefährden. Da viele
534 Rüstungskonzerne über Grenzen hinweg eng zusammenarbeiten, brauchen wir auch
eine effektive,
535 strenge und gemeinsame Rüstungsexportkontrolle in der EU. Es braucht einklagbare
strenge
536 Regeln und Sanktionsmöglichkeiten. Deshalb wollen wir Nichtregierungsorganisationen
ein
537 Verbandsklagerecht einräumen, um die Rechtmäßigkeit genehmigter Rüstungsexporte
überprüfen
538 zu lassen. Besonders viele Opfer weltweit fordert der Einsatz von kleinen und leichten
539 Waffen. Die Bundesregierung muss zunächst den Export dieser Waffen und ihrer
Munition an
540 Drittstaaten komplett verbieten und nur wenige und gut begründete Ausnahmen nur im
Rahmen
541 von Missionen mit VN-Mandat zulassen. Ein solches Exportverbot für Kleinwaffen
fordern wir
542 auch auf europäischer Ebene. Auch wollen wir nicht, dass Überwachungssysteme zur
543 Unterdrückung von Menschen in Diktaturen genutzt werden. Wir fordern daher, dass die
544 Einhaltung der gemeinsamen Regeln für die Ausfuhrkontrolle von Militärtechnologie und
545 Militärgütern (gemeinsamer Standpunkt des Rats von 2008) überprüft und Verstöße
gerichtlich
546 geahndet werden können. Im Rahmen der Überarbeitung der Dual-Use Verordnung
fordern wir die
547 Einführung einer allgemeinen Menschenrechtsklausel, die nicht nur auf
548 Überwachungstechnologie anzuwenden ist.

549 Der Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag) zwischen den USA und
550 Russland
551 ist der wesentliche Pfeiler der internationalen Rüstungskontrolle und der europäischen
552 Sicherheitsarchitektur. Die einseitige Aufkündigung dieses Vertrags durch die US-
553 Regierung
554 wäre fatal. Seit 2014 gibt es substantielle Vorwürfe gegen Russland, den Vertrag durch
555 die
556 Entwicklung eines neuen Raketensystems zu verletzen. Dennoch halten wir es für
557 falsch,
558 dieses Abkommen zu verlassen. Denn so steigt die Gefahr eines weltweiten nuklearen
559 Wettrüstens dramatisch an – nicht nur zwischen den USA und Russland, sondern auch
560 mit Blick
561 auf andere Atomkräfte wie China, Iran oder Indien. Gegenseitige Inspektionen der
562 umstrittenen Waffensysteme wären jetzt das Gebot der Stunde, so wie der INF-Vertrag
563 es für
564 den Streitfall vorsieht. Die EU muss jetzt alles dafür tun, dass der INF-Vertrag erhalten
565 bleibt. Es ist nötiger denn je, glaubwürdig für den Erhalt und die Stärkung
566 internationaler
567 und regionaler Rüstungskontrollregime einzutreten. Maßnahmen zur Abrüstung muss
568 die EU auch
569 auf neue Bereiche der Kriegsführung – wie das Internet, Weltraum und autonome
570 Waffensysteme
571 – ausdehnen. Wir wollen, dass die EU für die Einbeziehung bewaffneter unbemannter
572 Luftfahrzeuge in internationale Abrüstungs- und Rüstungskontrollregime eintritt. Das
573 gilt
574 insbesondere für die Entwicklung, Herstellung, Beschaffung und Verbreitung voll-
575 autonomer
576 Waffensysteme, bei denen Auswahl und Bekämpfung von Zielen keiner Steuerung
577 durch den
578 Menschen unterliegen. Sie können zu massiven Völkerrechtsverletzungen führen und
579 ein neues
580 Wettrüsten ankurbeln. Deshalb soll sich die EU für eine umfassende völkerrechtliche
581 Ächtung
582 autonomer Waffensysteme (LAWs) einsetzen. Außerdem muss die EU zur atomaren
583 Abrüstung
584 beitragen, sowohl im Innern durch den Einsatz für ein atomwaffenfreies Europa als auch
585 international, und ihre Mitglieder zur Unterzeichnung des UN-Vertrags auffordern.

571 Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

572 Heutzutage werden Sicherheitsrisiken immer komplexer und reichen von der
573 Verbreitung von
574 Massenvernichtungswaffen und Cyberangriffen bis hin zur Bedrohung der Energie- und
575 Umweltsicherheit, während zugleich militärische Annexionen direkt vor unserer Haustür
576 stattfinden. Europa kommt gar nicht darum herum, sich diesen Herausforderungen
577 stärker
578 selbst zu stellen. Die NATO hat nach wie vor eine wichtige Bedeutung für die Sicherheit
579 Europas. Doch auch angesichts der Spannungen und Konflikte im NATO-Bündnis ist es
580 sinnvoll,
581 die Sicherheit Europas stärker gemeinsam voranzutreiben. An der Vision einer

579 gesamteuropäischen Sicherheitsordnung, die den Raum der OSZE umfasst, halten wir
fest. In
580 diesem Sinne wollen wir an einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsunion arbeiten
und die
581 verstärkte Zusammenarbeit der Streitkräfte in der EU ausbauen, anstatt immer mehr
Geld in
582 nationale Rüstungssektoren zu pumpen. Den Aufbau einer europäischen Atommacht
lehnen wir ab.
583 Genauso wenig wollen wir, dass Deutschland sich atomar bewaffnet oder sich unter den
584 Schutzschild der französischen Atomstreitkräfte stellt.

585 Forderungen aus der NATO, die nationalen Militärausgaben auf 2 % des
Bruttoinlandsprodukts
586 zu steigern, lehnen wir ab. Aus Sicht der EU-Kommission würden sich schon jetzt durch
eine
587 tiefgehende Kooperation im Verteidigungsbereich Einsparungsmöglichkeiten von 25 bis
100
588 Milliarden Euro pro Jahr ergeben. Statt 17 nicht funktionsfähiger Systeme sollten wir
besser
589 ein funktionierendes System schaffen. Wir unterstützen daher grundsätzlich die
ständige und
590 strukturierte Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich (PESCO), wobei die zivile Seite
der
591 Sicherheitskooperation bislang deutlich hinterherhinkt. PESCO ist mit der Teilnahme von
25
592 der 28 Mitgliedsstaaten zu einem Projekt nahezu der gesamten Europäischen Union
geworden.

593 Die Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich darf aber nicht dazu führen, dass wir
594 zusätzliches Geld in ein ineffizientes System der Verteidigungsbeschaffung stecken.
Was
595 europäisch getan wird, darf nicht noch parallel national weitergeführt und finanziert
596 werden. Vielmehr wollen wir eine sicherheitspolitische Integration auf europäischer
Ebene im
597 Sinne einer echten Umsetzung des „pooling & sharing“. Die europäischen
Verteidigungsausgaben
598 dürfen auch nicht zu Lasten anderer Aufgaben der EU gehen. Die Umwidmung bisher
ziviler
599 Haushaltstitel auf EU-Ebene lehnen wir ab. Die Entwicklung des Europäischen
600 Verteidigungsfonds verfolgen wir kritisch und setzen uns für mehr Transparenz und
601 Kontrollmöglichkeiten durch das Europäische Parlament ein. Der Fonds darf nicht zu
602 Aufrüstung führen. Wir sind gegen eine Etablierung von Parallelstrukturen zur
Gemeinsamen
603 Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) wie die Europäische Interventionsinitiative
604 (EII). Ein gemeinsames außen- und sicherheitspolitisches Vorgehen Europas kann es nur
605 innerhalb der Strukturen der Europäischen Union geben.

606 Damit der Einsatz des Militärs auch wirklich das äußerste Mittel bleibt, muss der zivile
607 Aspekt der Sicherheit deutlich gestärkt werden, wozu vor allem die Nichtverbreitung
von
608 Waffen, die Verhinderung von Völkermord, die wirtschaftliche Entwicklung, die

609 Rechtsstaatlichkeit, die Vermittlung und Versöhnung und die territoriale Integrität
zählen.

610 Wichtig ist für uns, dass die gemeinsamen Verteidigungsprojekte auch parlamentarisch
durch
611 das Europäische Parlament kontrolliert werden. Aus nationaler Erfahrung wissen wir,
dass
612 Großprojekte ohne Transparenz und echte Kontrollmöglichkeiten häufig in
Missmanagement und
613 Korruption enden.

614 Außerdem brauchen wir eine regelmäßige Debatte zu Einsätzen, die im Rahmen der
Missionen der
615 Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU durchgeführt
werden. Auch
616 die Evaluierung solcher Missionen sollte durch das Europaparlament erfolgen. Nationale
617 Parlamentsvorbehalte dürfen im Zuge einer stärkeren Rolle des Europäischen
Parlaments aber
618 nicht abgeschafft oder unterwandert werden. Mitgliedstaaten sollen auch in Zukunft die
619 Möglichkeit haben, nicht an GSVP-Missionen teilzunehmen.

620 Europäischer Beitrag zur Konfliktprävention, Friedenssicherung und Schutz vor
Verbrechen
621 gegen die Menschlichkeit

622 Eine an den Menschenrechten orientierte Außenpolitik, die dem Schutzprinzip des
Völkerrechts
623 verpflichtet ist, bedeutet auch, zu handeln, wenn Menschenrechte massiv verletzt
werden. Wir
624 setzen uns daher für den Ausbau der europäischen Polizei- und Rechtsstaatsmissionen
ein wie
625 auch für Ausbildungs- und Unterstützungsmissionen zur Vorsorge oder zur
Stabilisierung von
626 Friedensprozessen.

627 Wir stehen zu einer Kultur der militärischen Zurückhaltung und für das Primat des
Zivilen.

628 Die Anwendung militärischer Gewalt ist immer ein Übel. Es gibt jedoch Situationen, in
denen
629 militärische Gewalt unter eng begrenzten Bedingungen als äußerstes Mittel im Sinne
der
630 Schutzverantwortung der VN notwendig ist, weil nationale Regierungen nicht in der
Lage oder
631 willens sind, Menschen vor schweren Menschenrechtsverbrechen zu schützen. Dabei
steht an
632 erster Stelle immer die Prävention, also das Verhindern gewaltsamer Entwicklungen.
Wir
633 machen uns die Entscheidung über Militäreinsätze niemals einfach, sondern prüfen
mögliche
634 Mandate kritisch und sorgfältig.

635 Für uns gelten die VN-Charta und das Völkerrecht. Wir werden Einsätzen der
636 Bundeswehr nur
637 auf Grundlage der VN-Charta und mit einem Mandat der Vereinten Nationen nach
638 Kapitel VI oder
639 VII der VN-Charta zustimmen. Allerdings kann ein Nichthandeln aufgrund einer
640 Blockadehaltung
641 einer oder mehrerer Vetomächte das Völkerrecht und die Vereinten Nationen ebenso
642 massiv
643 beschädigen wie das Handeln ohne ein Mandat. Wenn der Sicherheitsrat anhaltend
644 blockiert
645 ist, muss die Generalversammlung an seiner Stelle friedens erzwingende Maßnahmen
646 mit
647 qualifizierter Mehrheit mandatieren, soweit sie das für notwendig befindet.

648 Einsätze müssen grundgesetzkonform sein und im Rahmen eines Systems kollektiver
649 Sicherheit
650 erfolgen. Ohne eine umfassende zivile Gesamtstrategie und eine Einbettung in klare
651 Konzepte
652 für die Zukunft des betroffenen Staates dürfen militärische Interventionen nicht
653 erfolgen.

654 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 655 • mehr Finanzmittel und Personal für europäische Polizei- und
656 Rechtsstaatsmissionen,
- 657 • eine europäische Sicherheitsunion, die parlamentarisch kontrolliert wird,
- 658 • Nachhaltige Friedenspolitik statt Waffenlieferungen an Diktatoren und in Kriegs-
659 und
660 Krisengebiete,
- 661 • eine Verdoppelung der Mittel für zivile Krisenprävention.

662 **4.4 Globale Gerechtigkeit und Entwicklung fördern**

663 Für eine gerechte Globalisierung brauchen wir eine EU, die eine
664 menschenrechtsbasierte und
665 auf die nachhaltigen Entwicklungsziele ausgerichtete globale Strukturpolitik
666 vorantreibt,
667 aktiv wird und nicht in Nationalismen zurückfällt. Politikkohärenz im Sinne einer
668 nachhaltigen Entwicklung ist unser Ziel, damit beispielsweise Handelspolitik nicht
669 Entwicklungszusammenarbeit torpediert. Die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele,
670 beschlossen im
671 Jahr 2015 von den Vereinten Nationen, müssen innerhalb der EU und global umgesetzt
672 werden.
673 Entwicklung gelingt nur dann, wenn wir soziale, ökologische und wirtschaftliche
674 Kriterien
675 zusammendenken. Ziele wie „Geschlechtergerechtigkeit“, „saubere Energie“, „gute
676 Bildung“,
677 „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“ der Agenda 2030 müssen wir in der EU
678 durch
679 eine ambitionierte Nachhaltigkeitsstrategie verwirklichen. Die EU als eine der größten

662 Geberinnen in der Entwicklungszusammenarbeit muss die Rolle von Frauen in
663 Entwicklungsvorhaben und die Auswirkung von Entwicklungsmaßnahmen auf Frauen
und ihre
664 Gleichstellung ernst nehmen. Sie muss ihr selbstgesetztes Ziel, dass 85% der
665 Entwicklungsprogramme auch zur Geschlechtergleichstellung beitragen, endlich
erreichen und
666 mehr Mittel für Projekte zur Frauenförderung bereitstellen. Wir müssen unsere Politik
667 ändern, wenn Agrarsubventionen Märkte in armen Ländern zerstören, wenn
europäische
668 Rechtsräume zur Geldwäsche oder für die Steuervermeidung und Kapitalflucht
missbraucht
669 werden oder wenn unsere Handelspolitik Entwicklungschancen zerstört. Eine EU, die
sich
670 Nationalismus und antidemokratischen Kräften entgegenstellt und sich glaubhaft für
671 nachhaltige Entwicklung engagiert, ist unser Ziel. Wichtig ist dabei, dass sie diese Ziele
672 nach innen und nach außen kohärent verfolgt und Widersprüche auflöst.

673 Eine kohärente nachhaltige Politik ist nicht nur die beste Antwort auf die
Herausforderungen
674 weltweiter Flucht und Migrationsbewegungen, sondern auch für das Recht aller
Menschen auf
675 ein gutes Leben und eine sichere Zukunft. Wir müssen endlich diese strukturellen
Ursachen
676 der Zerstörung von Lebensgrundlagen konsequent angehen und globale Ungleichheit
reduzieren.

677 Unser Lebensstil, unsere Art zu konsumieren, unser Wirtschaftssystem zerstören die
678 Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen im Süden unseres Planeten.
Europäische
679 Unternehmen exportieren Rüstungsgüter in Krisengebiete, überfischen die Weltmeere,
und
680 unsere Gesellschaften nehmen in Kauf, dass unsere Agrarexporte andernorts die
681 Existenzgrundlage von Bäuerinnen und Bauern als auch Kleinindustrie zerstören. Statt
einer
682 immer stärkeren Repression gegen Menschen auf der Flucht braucht es eine kohärente
683 internationale Politik und strukturelle Reformen in Bereichen wie Handel,
Landwirtschaft,
684 Energie, Fischerei, Außenpolitik und Klimaschutz, wie sie die nachhaltigen
Entwicklungsziele
685 der UN vorgeben. Unser Ziel ist es auch, dass eine Wertschöpfung vor Ort passiert und
eine
686 weiterverarbeitende Industrie aufgebaut wird. Die Agenda 2030 definiert
"wirtschaftliche
687 Entwicklung" nachhaltig. Es geht um verbesserte Lebensperspektiven und nötiges
688 wirtschaftliches Wachstum nicht auf Kosten des sozialen Zusammenhalts oder
ökologischer
689 Nachhaltigkeit zu erreichen. Arme Länder sollen bei der Entwicklung ihrer
Volkswirtschaften
690 konkrete Unterstützung erhalten, damit dies nachhaltig und selbstbestimmt gelingt.
Dies
691 bedeutet auch, dass wir globale Verteilungsgerechtigkeit in einem System natürlich
692 begrenzter Ressourcen neu denken.

693 Die EU-Mitgliedstaaten haben sich schon lange zu einer Erhöhung der
Entwicklungsfinanzierung
694 auf 0,7 % des Bruttonationaleinkommens verpflichtet – die immer noch nicht erreicht
sind.
695 Wir sprechen uns klar dagegen aus, dass Ausgaben für Flüchtlinge im Inland und
innerhalb der
696 Europäischen Union als Ausgaben für die Entwicklungsfinanzierung gerechnet werden
können.
697 Vielmehr brauchen wir einen verbindlichen Stufenplan, um das 0,7%-Ziel in der EU
tatsächlich
698 zu erreichen und zu halten. Die wirtschaftlich starken Länder der EU stehen hier
besonders
699 in der Pflicht und müssen gemeinsam vorangehen. Mittelfristig soll die Zusätzlichkeit
der
700 Zusagen zur internationalen Klimafinanzierung gegenüber dem 0,7% Ziel sichergestellt
werden.
701 Die knappen Entwicklungsgelder sollen vor allem den bedürftigsten Ländern
zukommen.
702 Öffentlich-private Partnerschaften sollen dem Gemeinwohl und einer nachhaltigen
Entwicklung
703 und nicht den Renditeerwartungen der Anleger dienen. Sie dürfen nicht zu neuen
704 Schuldenkrisen führen. Eine Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge lehnen wir
ab.
705 Die zunehmende Aushöhlung der Entwicklungszusammenarbeit lehnen wir ab. Daher
stellen wir
706 uns gegen den Vorschlag der Europäischen Kommission, das eigenständige Budget für
die
707 Entwicklungszusammenarbeit aufzulösen und einem allgemeinen Instrument für
Außenpolitik
708 unterzuordnen.
709 Dabei sind Entwicklungsgelder nicht alles. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU
konsequent
710 die Kapitalflucht und Steuervermeidung aus Entwicklungs- und Schwellenländern
begrenzt. Dazu
711 gehören Transparenzregister, das Austrocknen europäischer Steuersümpfe und die
712 verpflichtende, länderbasierte Berichterstattung globaler Konzerne, die in der EU ihren
Sitz
713 haben.
714 Der humanitäre Bedarf der Vereinten Nationen zur Vermeidung von Hungersnöten oder
715 schlimmsten Katastrophen wird von der Staatengemeinschaft immer wieder nicht
erfüllt,
716 allerhöchstens erst nach wiederholten Appellen und Sondergipfeln. Wir wollen eine
Stärkung
717 und ausreichende Finanzierung der europäischen und internationalen Organisationen in
diesem
718 Bereich, dazu zählt insbesondere auch eine finanziell bessere Ausstattung der
europäischen
719 Organisation für humanitäre Hilfe, ECHO. Auch die nationalen europäischen Hilfen
sollen
720 besser koordiniert sein. Außerdem wollen wir in der Nothilfe stärker auf

genderspezifische

721 Bedürfnisse achten. Dazu gehören besonders die Bereiche sexuelle und reproduktive
722 Gesundheit, Müttergesundheit und die Unterstützung von Überlebenden sexualisierter
und
723 geschlechtsspezifischer Gewalt.

724 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 725 • die Erhöhung der Entwicklungsfinanzierung,
- 726 • die Bekämpfung von Kapitalflucht und Steuervermeidung aus Entwicklungs- und
727 Schwellenländern,
- 728 • eine Stärkung und bessere finanzielle Ausstattung der europäischen Organisation
für
729 humanitäre Hilfe.
- 730 • eine faire, nachhaltige Entwicklungspolitik, die zu globaler Gerechtigkeit beiträgt

731 **4.5 Fairen und offenen Welthandel voranbringen**

732 Die globale Arbeitsteilung hat unzähligen Ländern mehr Wohlstand gebracht. Millionen
733 Menschen in sich entwickelnden Ländern haben auch dadurch den Sprung aus extremer
Armut

734 geschafft. Der Austausch von Waren und Dienstleistungen fördert die Verbreitung von
735 Innovationen und trägt zu friedlichen Beziehungen zwischen den Nationen bei. Doch
736 gleichzeitig führt eine unregulierte Globalisierung viel zu oft zur Ausbeutung von
Menschen

737 und Umwelt und beschleunigt die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Der aktuelle
globale

738 Wettbewerb setzt soziale und ökologische Standards in den Staaten unter Druck. Die
739 Wohlstandsgewinne aus dem globalen Handel sind teilweise extrem ungleich verteilt.

740 Der offene Welthandel soll fair, ökologisch und gerecht gestaltet sein und Mensch und
Umwelt

741 in den Mittelpunkt stellen. In diesem Sinne setzen wir uns dafür ein, dass die
Europäische

742 Union eine führende Rolle bei der sozial-ökologischen Regulierung des Welthandels
einnimmt.

743 Global und demokratisch

744 Die Welthandelsordnung steht unter Druck. Verhandlungen in der
Welthandelsorganisation (WTO)

745 stecken in der Sackgasse. Immer mehr Staaten setzen darauf, nur mit einzelnen
anderen

746 Staaten Handelsabkommen abzuschließen. Die „America-first-Politik“ von Donald Trump
oder

747 Chinas aggressive Industriepolitik verstärken den Sog zu immer mehr bilateralen
Abkommen.

748 Wir sehen das skeptisch, denn dabei geraten die Interessen von Ländern, die keinen
Platz am

749 Verhandlungstisch haben, immer unter die Räder und die Verhandlungsposition ärmerer

Länder

750 wird geschwächt.

751 In einer echten globalen Partnerschaft dürfen nicht nur die wirtschaftlich Stärksten
752 entscheiden. Deswegen fordern wir die Wiederbelebung der Verhandlungen im Rahmen
der WTO.

753 Dazu sollte die EU einen Vorschlag vorlegen, der die WTO und das Welthandelssystem
754 reformiert und neu belebt und langfristig unter das Dach der Vereinten Nationen stellt.

755 Die Errichtung einer neuen globalen Welthandelsordnung wird Zeit brauchen. Daher
können für

756 den Übergang auch Abkommen zwischen einzelnen Staaten und Wirtschaftsräumen
sinnvoll sein.

757 An diese Abkommen legen wir aber harte Kriterien an. Sie dürfen nicht zu Lasten Dritter

758 gehen. Sie müssen demokratisch und transparent zustande kommen. Das
Europaparlament muss

759 über das Mandat mitbestimmen und mehr Verhandlungsdokumente sollen öffentlich
sein. Die

760 TTIP-Verhandlungen haben gezeigt, dass mehr Transparenz möglich ist. Auch müssen
die

761 Abkommen Umwelt- und Klimaschutz, Menschenrechte, Entwicklung und soziale
Gerechtigkeit

762 voranbringen. Getrieben von einer konservativ-neoliberalen Mehrheit wurde in Europa
eine

763 Handelspolitik vorgebracht, die diesen Grundsätzen widerspricht oder sie sogar in ihr

764 Gegenteil verkehrt. Im Mittelpunkt stehen die Interessen von großen Konzernen,
während

765 Verstöße gegen Umweltschutz, Arbeitnehmer*innen- und Menschenrechte weiterhin
nicht bestraft

766 werden.

767 Wir stehen für eine Handelspolitik, die die Globalisierung gerecht gestaltet, die in ihren
768 Handelsabkommen verbindlich soziale und ökologische Standards und das
Vorsorgeprinzip

769 festschreibt, die kommunale Daseinsvorsorge ausreichend schützt, den Pariser
Klimavertrag

770 als wesentlichen Bestandteil verankert und die parlamentarische Mitentscheidung bei
der so

771 genannten regulatorischen Kooperation garantiert. Es ist nicht hinnehmbar, dass es
772 Sonderschiedsgerichte für Investoren gibt, während Klimaschutz, Menschenrechte oder
das

773 Vorsorgeprinzip nur schmückende Prosa bleiben. Wir lehnen einseitige Gerichte und
774 Sonderklagerechte für private Investoren ab. Das sind unsere Maßstäbe für
Handelsabkommen

775 wie CETA, JEFTA und TTIP. Deshalb lehnen wir CETA in dieser Form weiterhin ab. Wir sind

776 davon überzeugt, dass es möglich ist, das Abkommen im Sinne der oben genannten
Kriterien zu

777 verändern, so lange es noch nicht endgültig in Kraft gesetzt ist. Die derzeit laufenden

778 Vertragsanpassungen wollen wir nutzen.

779 Wir sind zusammen mit einer breiten europäischen Zivilgesellschaft erfolgreich
780 dagegen auf
781 die Straße gegangen und haben dazu beigetragen, dass TTIP nicht gekommen ist und
782 bei CETA
783 und JEFTA einseitige Gerichte für private Investoren erstmal verhindert werden konnten.
784 Das
785 macht deutlich, dass es sich lohnt, für faire, ökologische, gerechte und demokratische
786 Handelsabkommen zu streiten, auch wenn wir noch nicht am Ziel sind. Denn leider
787 halten die
788 Kommission und die Mehrheit der Mitgliedsstaaten unbeirrt an ihrer falschen Agenda
789 fest. Wir
790 Grünen treten auf allen Ebenen dafür ein, dass diese Politik geändert wird.

791 Wir Grünen lehnen das Abkommen mit Japan (JEFTA) deshalb in dieser Form ab, zum
792 Beispiel
793 wegen der mangelnden Verankerung und Durchsetzung sozialer und ökologischer
794 Standards, des
795 Vorsorgeprinzips und des Pariser Klimaschutzabkommens im Vertragstext. Gerade mit
796 Ländern
797 wie Japan bestünde die Chance, es endlich besser zu machen.

798 Auch beim Abkommen mit den südamerikanischen Staaten (Mercosur) fehlen
799 verbindliche soziale
800 und ökologische Standards. Die EU setzt auf die Liberalisierung bei Dienstleistungen,
801 obwohl
802 öffentliche Wasser- und Stromversorgung gerade in den Ländern des Mercosur ein
803 wichtiges
804 Mittel zur Armutsbekämpfung sind. Das Vorsorgeprinzip ist nicht verbindlich verankert.
805 Stattdessen ist auf Bestreben Brasiliens der Schutz des Amazonas-Regenwaldes aus
806 dem
807 Vertragstext geflogen. Dabei ist der Amazonas aufgrund der durch das Abkommen
808 weiter
809 steigenden Rindfleischproduktion stark bedroht. Sie befeuert die Abholzung des
810 Regenwaldes
811 und erschwert die Agrarwende in Europa.

812 Die EU sollte initiieren, dass die Mitgliedsstaaten ihre bestehenden nationalen
813 Investitionsschutzabkommen nachverhandeln, um die Investor-Staats-Schiedsgerichte
814 zu
815 beenden. Wir unterstützen die EU Kommission bei ihrem Vorhaben, die existierenden
816 innereuropäischen Investitionsabkommen zu beenden.

817 Wir setzen uns stattdessen für einen ständigen internationalen Handelsgerichtshof ein,
818 vor
819 dem nicht nur Unternehmen klagen können, sondern auch Betroffene gegen die
820 Verletzung
821 menschenrechtlicher, sozialer und umweltrelevanter Verpflichtungen durch
822 transnationale
823 Unternehmen. Der Vorschlag der EU-Kommission für einen multilateralen
824 Investitionsgerichtshof (MIC) erfüllt diese Voraussetzungen nicht. Parlamente dürfen
825 durch
826 Regeln zur regulatorischen Zusammenarbeit in Handelsabkommen nicht umgangen
827 oder geschwächt

808 werden. Regulatorische Kooperation darf nicht Standards absenken, sondern muss
diese
809 verbessern.

810 Das Vorsorgeprinzip, nach dem die Unbedenklichkeit von Produkten vor der Zulassung
811 nachgewiesen werden muss, ist die tragende Säule des europäischen Schutzes von
Umwelt und
812 Verbraucher*innen. Die bestehende Verankerung des Vorsorgeprinzips im Primärrecht
der EU
813 reicht hierzu nicht aus. Deshalb wollen wir, dass es für alle Bereiche der EU-
814 Handelsabkommen gilt. Auch Produkte, deren Verkauf in Europa verboten ist, wie
bestimmte
815 Giftstoffe und Waffen, sollten hier auch nicht produziert und dann exportiert werden
dürfen.

816 Wir wollen im Handel auch die Interessen von kleinen und mittleren Unternehmen
stärken und
817 damit der Konzentration von wirtschaftlicher Macht entgegenwirken. Sie profitieren von
818 Zollreduktion und einheitlichen technischen Standards.

819 Für faire Arbeits- und Produktionsbedingungen, Klimaschutz und Menschenrechte
820 Handel sollte soziale Gerechtigkeit, faire Produktions- und Arbeitsbedingungen und
821 Menschenrechte unterstützen. Menschenrechte und die Arbeitnehmerschutzrechte der
822 internationalen Arbeitsorganisation, also die ILO-Kernarbeitsnormen, müssen im Handel
fest
823 verankert werden, und ihre Verletzung muss einklagbar sein. Bei Verstößen muss die
EU
824 Handelsvergünstigungen auch entziehen. Die EU-Kommission setzt in erster Linie auf
825 freiwillige Selbstverpflichtungen. Die Erfahrung zeigt: Das reicht nicht. Unsere Kleidung
826 wird meist unter gefährlichen Bedingungen für extrem niedrige Löhne produziert.

827 Notwendig sind deshalb gesetzliche Sorgfaltspflichten, neue Haftungsregeln und
bessere
828 Klagemöglichkeiten innerhalb der EU – auch für Opfer schwerer
Menschenrechtsverletzungen,
829 die von europäischen Unternehmen verursacht werden. Wir wollen Unternehmen
gesetzlich zu
830 mehr Verantwortung und Transparenz in Bezug auf ihre Lieferketten verpflichten sowie
dazu,
831 Menschen- und Arbeiter*innenrechte einzuhalten und fairer und ökologischer
Beschaffung den
832 Vorrang zu geben. Für Textileinfuhren nach Europa wollen wir gesetzliche
Mindeststandards
833 verankern.

834 Innerhalb der WTO sollte die EU eine Initiative starten, die soziale und ökologische
Regeln
835 für die gesamte Lieferkette im Textilbereich verankert. Diese Regeln können dann nach
und
836 nach auf andere Sektoren ausgedehnt werden.

837 Die Klimaziele von Paris müssen fester Bestandteil des Welthandels werden. Wir
unterstützen

838 den Vorschlag des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, die Klimaziele von
Paris als
839 wesentlichen Bestandteil in Handelsabkommen zu verankern und damit verbindlich
umzusetzen.

840 Wir müssen Handel und Klima in Einklang bringen. Eine Vorreiterrolle im Klimaschutz
darf
841 nicht zu Nachteilen im internationalen Wettbewerb führen. Im Gegenteil wollen wir
erreichen,
842 dass sich ein ambitionierter Klimaschutz auch ökonomisch rechnet. Dies kann zum
Beispiel
843 über eine zu entwickelnde Klimaabgabe auf schmutzige Importe erfolgen, die aber
WTO- und
844 entwicklungsconform ausgestaltet sein muss.

845 Unfairen Wettbewerb durch Preis- oder Standard-Dumping wollen wir verhindern. Die
letzte
846 Reform der europäischen Anti-Dumping-Instrumente war ein wichtiger Schritt. Es ist ein
Erfolg grüner Politik im Europaparlament, dass Marktverzerrung nun auch bei Verstößen
847 gegen
848 internationale Arbeitnehmer- und Umweltstandards festgestellt werden kann. Wir
wollen in
849 kritischen Bereichen strategische Infrastruktur schützen.

850 Handelsabkommen dürfen keine Treiber von Liberalisierung, Deregulierung und
Privatisierung
851 werden. Wo sich Privatisierungen als Holzweg erwiesen haben, wollen wir diese
rückgängig
852 machen können. Die öffentliche Daseinsvorsorge muss umfassend geschützt werden.
Kommunen
853 dürfen in ihrer Handlungsfreiheit nicht beschränkt werden.

854 Faire Rohstoffpolitik

855 Durch viele Produkte des Alltags sind wir mit der ganzen Welt verbunden, die
Produktion
856 findet in Asien statt, die Rohstoffe kommen vom afrikanischen Kontinent und
konsumiert wird
857 bei uns. Wir wollen die Lieferketten besser kontrollieren. Deshalb wollen wir
transparente
858 Lieferketten mit sozialen und ökologischen Mindeststandards durch entsprechende
859 Offenlegungs- und Sorgfaltspflichten erreichen. Was in der Europäischen Union
konsumiert
860 wird, darf nicht zu Krieg und Ausbeutung beitragen.

861 Wir stehen für eine andere Rohstoffpolitik. Die Rohstoffe, die wir für unsere Handys oder
862 Tablets benötigen, werden oft unter miserablen Bedingungen abgebaut und gehen mit
863 Menschenrechtsverletzungen, Konflikten und Umweltzerstörungen einher. Ausbeutung
darf aber
864 nicht Grundlage der Digitalisierung und unseres Konsums sein. Wir treten ein für faire
865 Rohstoffpartnerschaften, die die Bedürfnisse der Abbauländer berücksichtigen, für
Einsparung

866 des Rohstoffverbrauchs und eine nachhaltige Nutzung in Europa. Wir wollen
verbindliche
867 Standards bei Abbau, Weiterverarbeitung und Handel von Rohstoffen im Rahmen eines
868 transparenten Verfahrens, das auch gegen Korruption und Steuervermeidung wirkt.
Besonders
869 Konfliktmineralien müssen besser kontrolliert werden.

870 Europa trägt durch den Import von Soja, Palmöl und Holz in einem hohen Umfang zur
weltweit
871 fortschreitenden Entwaldung bei. Wir wollen, dass die Europäische
Holzhandelsverordnung
872 künftig für alle Holz- und Papierprodukte gilt und durch ein effektives Überwachungs-
und
873 Sanktionssystem scharf gestellt wird. Sie muss für alle Liefer- und Verarbeitungsschritte
874 gelten. Außerdem engagieren wir uns für europaweit wirksame Regelungen, die den
Handel mit
875 Gütern ausschließen, wenn ihre Herstellung direkt oder indirekt mit Waldvernichtung,
876 insbesondere von tropischen und borealen Wäldern oder vergleichbaren Ökosystemen,
877 einhergeht.

878 Entwicklungspartnerschaft auf Augenhöhe

879 Die gegenwärtige Handelspolitik der EU mit Entwicklungsländern ist einseitig von den
880 wirtschaftlichen Interessen europäischer Unternehmen dominiert. Durch den Abbau von
Zöllen
881 werden heimische Industrie, Handwerk und Landwirtschaft in Entwicklungsländern
durch
882 Billigimporte aus der EU bedroht. Die EU ist durch ihre starke Verhandlungsposition in
der
883 Lage, den Entwicklungsländern Bedingungen zu diktieren. Die derzeitigen
884 Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) mit Afrika verhindern den Aufbau einer
eigenen
885 Wirtschaft in diesen Ländern, statt ihn zu fördern. Wir wollen diese Abkommen stoppen
und zu
886 einer echten Entwicklungspartnerschaft auf Augenhöhe übergehen. Die
Entwicklungsländer
887 müssen ihren Weg einer nachhaltigen Entwicklung selbst bestimmen können. Gleiche
Rechte sind
888 nur zwischen gleich starken Partnern gerecht. Bei der Partnerschaft auf Augenhöhe
spielen
889 für uns auch zivilgesellschaftliche Akteure eine wichtige Rolle.

890 Wir wollen Entwicklungsländern ausreichend Raum für handelspolitische
Schutzmaßnahmen
891 lassen, um ihre heimische Wirtschaft aufzubauen und junge Industrien zu schützen.
892 Zolleinnahmen sind eine wichtige Einnahmequelle für Entwicklungsländer. Ohne diese
werden
893 die mageren Staatseinnahmen stark belastet und es fehlen Mittel für Investitionen in
894 öffentliche Güter wie Bildung, Basis-Gesundheitsdienste und andere Aspekte der
öffentlichen
895 Daseinsvorsorge. Die EU hingegen sollte ihre Zölle auf verarbeitete Produkte aus
896 Entwicklungsländern abschaffen, um eine diversifizierte Industrie und Wertschöpfung

- vor Ort
897 zu ermöglichen.
- 898 Fairer Handel auch in der Landwirtschaft
- 899 Europäische Agrarsubventionen zerstören kleinbäuerliche Strukturen im globalen Süden und
900 schaffen so Abhängigkeiten, vernichten Existenzen und zementieren Armut. Das muss
901 ein Ende
902 haben.
- 902 Wir brauchen einen Neustart des europäischen Agrarhandels, der nicht länger mit
903 Dumpingpreisen Märkte im globalen Süden zerstört. Wenn Produkte in die EU importiert
904 werden,
905 müssen Mindeststandards, beispielsweise die Arbeitsnormen der ILO, gelten.
- 905 Die Patentierung von Saatgut sowie Landgrabbing wollen wir bekämpfen. Die EU muss
Investoren
906 und staatliche Institutionen dazu drängen, die Leitlinien der Ernährungs- und
907 Landwirtschaftsorganisation der UN zu Landrechten, Fischgründen und Wäldern
einzuhalten.
- 908 Agrochemiekonzerne wie Bayer, der durch die Übernahme von Monsanto zum
Marktbeherrscher
909 geworden ist, kontrollieren bereits jetzt große Teile des weltweiten Saatgut-,
Düngemittel-
910 und Pestizidmarkts. Mit ihren Patenten werden Kleinbäuerinnen und -bauern in teure
911 Abhängigkeiten gezwungen und die Artenvielfalt wird zerstört.
- 912 Wir wollen die Rechte der Kleinbäuerinnen und -bauern in Entwicklungsländern auf
freien
913 Austausch und kostenlose Wiederaussaat von Saatgut sichern. Darüber hinaus wollen
wir den
914 Auf- und Ausbau lokaler Saatgutbanken fördern, damit traditionelles Wissen und die
915 biologische Vielfalt erhalten und zugänglich bleiben. Sortenvielfalt ist ein wichtiger
916 Baustein, um das Recht auf Nahrung zu verwirklichen und die Landwirtschaft
917 widerstandsfähiger gegen die Folgen des Klimawandels zu machen.
- 918 Wer GRÜN wählt, stimmt für
- 919 • die Verankerung des Pariser Klimaschutzabkommens und des Vorsorgeprinzips in
920 allen
Handelsverträgen der EU,
 - 921 • WTO-konforme Klimaabgaben auf schmutzige Importe,
 - 922 • die Abschaffung von Zöllen auf verarbeitete Produkte aus Entwicklungsländern.
- 923 **4.6 Drogenkriege beenden**
- 924 Der globale Krieg gegen Drogen ist gescheitert. Er fördert organisierte Kriminalität,
925 unterminiert die Gesundheit der Drogenkonsument*innen, verletzt Menschenrechte und
trägt zur
926 Destabilisierung von Staaten bei. Damit verhindert er die politische und wirtschaftliche
927 Entwicklung der betroffenen Länder. Europa trägt als Konsumentenregion
Verantwortung für die

- 928 Auswirkungen der Nachfrage nach Drogen. Wir wollen deshalb, dass die Europäische
Union sich
929 auf der Ebene der Vereinten Nationen dafür einsetzt, dass der Drogenkrieg beendet
wird.
930 Nationale Schritte für eine Reform der Drogenpolitik wie in verschiedenen Ländern
931 Lateinamerikas sollten unterstützt und nicht behindert werden. Die Europäische Union
soll
932 eine Reform der Drogenpolitik in den Mitgliedstaaten unterstützen, die zuallererst auf
933 Prävention, Hilfe, Schadensminderung, Entkriminalisierung und Regulierung setzt – und
nicht
934 auf Verbote und Repression. Die kontrollierte Abgabe von Cannabis in einzelnen
935 Mitgliedstaaten sowie Modellprojekte auf regionaler Ebene können dazu beitragen, die
936 organisierte Kriminalität innerhalb der EU zu verringern.
- 937 Wer GRÜN wählt, stimmt für
- 938 • eine globale Reform der Drogenpolitik,
 - 939 • eine an den gesundheitlichen Risiken orientierte Regulierung von Drogen.